

**Rede
des Sprechers für Medienpolitik**

Dr. Alexander Saipa, MdL

zu TOP Nr. 34

Abschließende Beratung

**Qualitätsjournalismus und Medienvielfalt erhalten:
Medienunternehmen und freie Journalistinnen und
Journalisten unterstützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/6380

während der Plenarsitzung vom 01.07.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kollege Meyer hat in seiner Rede mehrfach beklagt, dass es nicht zu einer Anhörung gekommen ist. Nach wie vor ist es richtig, dass zu diesem Antrag keine Anhörung durchgeführt wurde. Denn wir können in den Ausschüssen nicht zu jedem Antrag, der irgendwie zusammengeschustert wird, eine Anhörung durchführen. Dann muss man sich beim Antrag vielleicht auch ein bisschen mehr Mühe geben. Darauf komme ich gleich zu sprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, richtig ist natürlich, dass die Situation auch bei den privaten Medienhäusern eine schwierige war, aber heute schon wieder anders aussieht. Meines Wissens geht es in vielen Bereichen - gerade in den Bereichen der Werbeeinnahmen - wieder deutlich bergauf.

Ich bin - ich glaube, das kann ich für meine Fraktion insgesamt sagen - sehr dankbar für die sehr gute Berichterstattung in Zeiten von Corona.

Ich komme zu dem Antrag der Grünen. Der Antrag ist sicherlich gut gedacht gewesen, aber, ehrlich gesagt, nicht gut gemacht. Wir haben den Antrag ausführlich im Ausschuss beraten, wenn auch sehr kurz, und ihn dann abgelehnt. Leider sind in dem Antrag einige systematische Fehler erkennbar. Die dürften eigentlich nicht sein, wenn man sich ein wenig mit der medienpolitischen Thematik auskennt.

Ich möchte nur zwei Punkte aufzählen. Erstens: Im Antrag wird immer noch von „Rundfunkgebühren“ geredet. Richtigerweise ist es ein „Rundfunkbeitrag“. Auch Sie, Herr Meyer, sollten wissen, dass seit Januar 2013 zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks keine GEZ-Gebühr mehr, sondern ein Rundfunkbeitrag von momentan 17,50 Euro gezahlt werden muss. Das sollte man wissen, wenn man solch einen Antrag schreibt.

Zweitens fordern die Grünen in ihrem Antrag die Landesregierung in zwei Punkten auf, auf die Bundesebene einzuwirken, um die Systematik und Höhe des Rundfunkbeitrages zu ändern.

Da steht man ein bisschen ratlos davor und fragt sich: Wie kommt man darauf? Das ist ja irgendwie erstaunlich; denn die Bundesebene hat mit dem Thema Rundfunkbeiträge überhaupt nichts zu tun. Das machen die Länder. Das ist eine föderale Aufgabe, und es ist auch gut, dass die Länder das so machen. Ich glaube, das sollten sie auch weiterhin machen.

Allein wenn wir diese beiden Punkte herausgreifen, die ich jetzt aufgezeigt habe, zeigt das eklatant, dass der Antrag für uns als Landesparlament völlig unannehmbar ist, da entweder medienpolitisches Unwissen beim Verfassen vorherrschte oder einfach auf die Schnelle das ganze System der föderalen Zuständigkeit für das Thema Rundfunk verändert werden soll. Was auch immer es war - es wäre nicht gut. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

Vielen Dank.